

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Gerald Häfner, Gerd Poppe, Werner Schulz (Berlin) und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1998
– Drucksachen 13/8200 Anlage, 13/8883, 13/9006, 13/9025, 13/9027 –**

**hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministerium des Innern**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 06 02 wird ein neuer Titel eingerichtet:

„Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung des DDR-Unrechts“
mit 4 Mio. DM für 1998.

Bonn, den 24. November 1997

**Gerald Häfner
Gerd Poppe
Werner Schulz (Berlin)
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**

Begründung

Die Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ hat am 25. September 1997 einstimmig bei einer Enthaltung einen Zwischenbericht beschlossen, den sie am 28. Oktober 1997 dem Deutschen Bundestag zugeleitet hat und der am 13. November 1997 in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten wurde. Darin schlägt sie die Errichtung einer selbständigen Bundesstiftung des öffentlichen Rechts zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland vor.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat schon früh, so z. B. in den Drucksachen 13/1619 und 13/4353, die Einrichtung einer derartigen Stiftung vorgeschlagen. Die von der Enquête-Kommission einstimmig beschlossene und in den Deutschen Bundestag eingebrachte Vorlage basiert auf der über zweieinhalbjährigen kon-

strukturellen interfraktionellen Zusammenarbeit einer Berichterstattungsgruppe der Enquête Kommission, die unter der Leitung des Abgeordneten Gerald Häfner und unter der Mitarbeit der Abgeordneten Hartmut Koschyk, Markus Meckel, Dr. Rainer Ortleb, Dr. Ludwig Elm sowie der Sachverständigen Prof. Burrichter, Prof. Faulenbach, Dr. Fricke, Martin Gutzeit, Dirk Hansen, Prof. Huber, Prof. Jacobsen, Ilko-Sascha Kowalczyk, Prof. Maser, Prof. Mocek, Dr. Moreu, Prof. Weber und Prof. Wilke, die konkrete Konzeption einer entsprechenden Stiftung ausgearbeitet hat.

Die Errichtung der Stiftung ist zwingend erforderlich. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur mit ihren vielfältigen Aspekten und Bezügen auf der Basis eines antitotalitären Konsenses ist eine Voraussetzung für das Gelingen der inneren Einigung. Hierzu bedarf es einer eigenständigen, überparteilichen und auf Dauer angelegten Institution.

Zu den wichtigsten Trägern dieses Aufarbeitungsprozesses gehören die Aufarbeitungsinitiativen, die Opferverbände und die unabhängigen Archive. Deren Wissen und Erfahrungen sowie Materialsammlungen haben sich als unverzichtbar für den Aufarbeitungsprozeß erwiesen. Daher soll es die zentrale Aufgabe der Stiftung sein, die Weiterführung der sachgerechten Arbeit dieser Gruppen zu ermöglichen. Die Errichtung der Stiftung ist besonders eilbedürftig. Die Arbeit zahlreicher Aufarbeitungsinitiativen und Opfergruppen ist akut bedroht. Die Maßnahmen zur Sicherung der jetzt schon von Zerfall bedrohten Archivmaterialien, die mit Kosten verbunden sind, vertragen keinen weiteren Aufschub.

I. Struktur und Arbeitsweise der Stiftung

Die Rechtsform der zu errichtenden Stiftung ist die einer selbstständigen Stiftung des öffentlichen Rechts. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird derzeit fraktionsübergreifend erarbeitet und noch in diesem Jahr in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Die Stiftung will keine große eigene Organisation schaffen. Vielmehr ist an eine sehr schlanke Institution gedacht, die den größten Teil der Gelder nicht für eigene Arbeit verbraucht, sondern projektgebunden zur Förderung von Initiativen, Archiven, Forschungsvorhaben etc. im Sinne des Stiftungszweckes einsetzt.

Die Organe der Stiftung müssen so gestaltet sein, daß sich in ihnen das Spektrum der am Aufarbeitungsprozeß Beteiligten aus Politik und Gesellschaft widerspiegelt und sie der Stiftungsidee entsprechen.

Als Stiftungsorgane sind der Stiftungsrat, der Vorstand sowie aufgabenbezogene Beiräte vorgesehen. Ihre Zusammensetzung soll die Pluralität des Aufarbeitungsprozesses angemessen berücksichtigen.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Stiftung gehört die Förderung der Aufarbeitungsverbände: die finanzielle und inhaltliche Unterstützung von Projekten, die Förderung des Austausches von Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbänden, Unterstützung der inhaltlichen Arbeit der Verbände, Unterstützung der Öffentlich-

keitsarbeit. Des weiteren soll die Stiftung die Beratung und Betreuung der Opfer der DDR-Diktatur unterstützen, Beiträge zur politisch-historischen Aufklärung über die DDR-Diktatur leisten sowie die wissenschaftliche Arbeit über die SED-Diktatur unterstützen. Zu den weiteren Aufgaben der Stiftung gehört die Archivierung der Materialien aus Opposition und Widerstand, von Zeugnissen der Opfer der SED-Diktatur und von sonstigem privaten Schriftgut zur DDR-Geschichte sowie die Förderung des Gedenken und der Erinnerung an die Opfer der DDR-Diktatur und an die Folgen der deutschen Teilung.

II. Die für die Stiftung in den Haushaltsjahren 1998 bis 2003 erforderlichen Haushaltsmittel und die für diesen Zeitraum erforderliche personelle Ausstattung

Die Stiftung wird schrittweise aufgebaut. Damit sind die erforderlichen Mittel ebenfalls erst schrittweise erforderlich. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß die wichtigsten Aufgaben, wie Förderung der Aufarbeitungsinitiativen und Sicherung von Archivmaterialien, der hohen Dringlichkeit dieser Maßnahmen wegen gerade in der Anfangsphase größere Ausgaben erfordern.

Für die Stiftung erforderliche Haushaltsmittel in den Jahren 1998 bis 2003:

a) Finanzbedarf der Stiftung im Jahr 1998:

Die Stiftung wird ihre Tätigkeit im Juli 1998 aufnehmen. In der Aufbauphase fallen Kosten für die Erstaussattung der Stiftungsverwaltung mit Mobiliar und Gerät, in geringem Umfang für unbedingt notwendiges Personal sowie vorrangig für die unbedingt notwendige Unterstützung bzw. Aufrechterhaltung der Arbeit der Aufarbeitungsinitiativen und Verbände der Opfer der SED-Diktatur sowie für eilige Maßnahmen der Sicherung ansonsten zerfallender Dokumente und Materialien aus Opposition und Widerstand an:

- Personelle Ausstattung der Stiftung im Jahr 1998 (Aufbaustab)

1 Direktor(in)/Geschäftsführer(in)	BAT I	6 Monate	75 500 DM
2 Referenten(innen)	BAT II a	6 Monate	111 300 DM
3 Sachbearbeiter(innen)	BAT IV b	6 Monate	131 100 DM
1 Schreibkraft	BAT V c	6 Monate	36 600 DM
1 Technische Kraft		6 Monate	25 000 DM
Personal insgesamt	8	Summe:	379 500 DM
Sächliche Verwaltungskosten (Miete, Nebenkosten, Reisekosten, Veranstaltungen, Kosten der Gremienarbeit einschließlich Stiftungsrat und Beiräte etc. sowie Erstaussattung mit Mobiliar und Gerät)			250 000 DM

Kosten für die Unterstützung von Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbänden	3 000 000 DM
Kosten für die Archivierung von Materialien aus Opposition und Widerstand, von Zeugnissen der Opfer der SED-Diktatur und von sonstigem privaten Schriftgut zur DDR-Geschichte	380 000 DM
Erforderliche Haushaltsmittel im Jahr 1998	Summe 4 000 000 DM

b) Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 1999:

Der Aufbau der Stiftung wird vorangehen und im Juli 1999 abgeschlossen sein. Deshalb werden auch im Jahr 1999 die Personal- und Verwaltungskosten sowie die Kosten für Projekte im Bereich der Forschungsförderung und der politisch-historischen Aufklärung noch unter denen der Folgejahre liegen.

Erforderliche Haushaltsmittel im Jahr 1999 insgesamt:
8 000 000 DM

c) Finanzbedarf für die Jahre 2000 bis 2003:

- Notwendige personelle Ausstattung der Stiftung (ab Juli 1999)
 - Leitung:
 - 1 Direktor(in) bzw. Geschäftsführer(in)/1 Referent(in)/1 Schreibkraft
 - Aufgabenfeld: Aufarbeitungsinitiativen und Verbände der Opfer der SED-Diktatur:
 - 1 Referent(in)/1 Sachbearbeiter(in)/0,5 Schreibkraft
 - Aufgabenfeld: Beratung und Hilfe für Opfer der SED-Diktatur:
 - 1 Referent(in)/1 Sachbearbeiter(in)/0,5 Schreibkraft
 - Aufgabenfeld: Förderung der historischen Forschung über die SED-Diktatur:
 - 2 Referenten(innen)/1 Sachbearbeiter(in)/0,5 Schreibkraft
 - Aufgabenfeld: Beiträge zur politisch-historischen Aufklärung:
 - 2 Referenten(innen)/1 Sachbearbeiter(in)/0,5 Schreibkraft
 - Arbeitsfeld: Archiv/Bibliothek:
 - 1 Referent(in)/1 Archivar(in)/Bibliothekar(in)/1 Schreibkraft

Daraus ergibt sich die folgende Aufstellung über zu erwartende Personalkosten nach Erreichen der Vollaussstattung ab 1. Juli 1999:

Funktion	Vergütungs- gruppe	Summe DM
1 Direktor(in) bzw. Geschäftsführer(in)	BAT I	151 000
2 Referenten(innen)	BAT I a	272 200
1 Referent(in)	BAT I b	125 500
3 Referenten(innen)	BAT II a	333 900
2 Referent(in)	BAT III	212 100
5 Sachbearbeiter(in) Archivar(in)/Dokumentar(in)	BAT IV b	437 000
4 Bürokräfte/Schreibkräfte	BAT V a–c	319 600
Summe jährlich:	18 Personen	1 851 300.
– Sächliche Verwaltungskosten und durchlaufende Mittel (ab dem Jahr 2000)		

Die sächlichen Verwaltungskosten sowie die zur Arbeit notwendigen durchlaufenden Haushaltsmittel werden sich ab dem Jahr 2000 jährlich wie folgt zusammensetzen:

Sächliche Verwaltungskosten (einschließlich Zweckausgaben, eigene Informationen und Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Bibliothekskosten, Sach- und Reisekosten, Kosten der Gre- mienarbeit einschließlich der Arbeit des Stiftungsrates und der Beiräte, Veranstal- tungen und Tagungen der Stiftung, Verwaltungskosten, Mobiliar, Miete, Nebenkosten etc.)	2 700 000 DM p. a.
Kosten für die Unterstützung der Arbeit von Aufarbeitungsinitiativen, Opferver- bänden, unabhängigen Archiven sowie für Beratung und Hilfe (überwiegend durchlaufende Fördermittel/projektbe- zogene Förderung)	3 500 000 DM p. a.
Kosten für die Unterstützung der histori- schen Forschung (überwiegend durch- laufende Fördermittel)	1 500 000 DM p. a.
Kosten der Beiträge zur politisch-histori- schen Aufklärung (überwiegend projekt- bezogene Fördermittel)	500 000 DM p. a.
Sächliche Verwaltungskosten und durch- laufende Mittel insgesamt daher	5 500 000 DM
Personalkosten (näher s. o.)	1 851 300 DM
Jährlicher Finanzierungsbedarf in den Jahren 2000 bis 2003	10 000 000 DM.

